

## Bericht

### der vom Landtag Rheinland-Pfalz entsandten Mitglieder des Ausschusses der Regionen

zu dem Beschluss des Landtags vom 22. April 1999 zu Drucksache 13/4100  
(Plenarprotokoll 13/83)

### Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum August 2014 bis Juli 2015

---

Der Bericht wurde dem Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz mit Schreiben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales vom 19. November 2015 mit folgender Anmerkung übersandt:

„Der Bericht ist abgestimmt mit dem durch Auslaufen der 5. Mandatsperiode des AdR Anfang 2015 ausgeschiedenen Mitglied Dieter Klöckner, MdL, dem gleichzeitig ausgeschiedenen stellvertretenden Mitglied, Staatsministerin Ulrike Höfken, sowie mit dem stellvertretenden Mitglied Nils Wiechmann, MdL. Auf eine Abstimmung mit den beiden durch Beendigung ihres Mandats ausgeschiedenen Mitgliedern Staatsministerin a. D. Margit Conrad (bis November 2014) und Staatssekretärin a. D. Jacqueline Kraege (bis Juli 2015) wurde verzichtet.“

Federführend ist die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales.

Gemeinsamer Bericht des rheinland-pfälzischen Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, Staatssekretärin Heike Raab, sowie des stellvertretenden Mitglieds, Landtagsabgeordneter Nils Wiechmann, an den Landtag von Rheinland-Pfalz

**Rechenschaftsbericht der Landesregierung an den Landtag  
zum Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR)  
Berichtszeitraum August 2014 bis Juli 2015**

**Gliederung:**

- I. Einleitung: Ein Jahr mit mehreren Wechseln
- II. Strukturelle und personelle Veränderungen mit Beginn der 6. Mandatsperiode
- III. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum
  - 1. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
  - 2. Europapolitische Kommunikation in den Regionen und Städten
  - 3. Interregionale Gruppe SaarLorLux
  - 4. Europäische Migrationspolitik
- IV. Resonanz der AdR-Stellungnahmen

Anlage: Verabschiedete Stellungnahmen im Berichtszeitraum

Hinweis: Nach jeder Plenarsitzung informiert die Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales den Landtag ausführlich über die Ergebnisse. Diese Berichte sind im Internet verfügbar unter der Adresse [www.lv.rlp.de/service/veroeffentlichungen/europapolitische-informationen/](http://www.lv.rlp.de/service/veroeffentlichungen/europapolitische-informationen/).

## I. Einleitung: Ein Jahr mit mehreren Wechseln

Der Rechenschaftsbericht umfasst den Zeitraum August 2014 bis Juli 2015. Der Berichtszeitraum ist durch mehrere Wechsel geprägt.

Am 26. Januar 2015 begann die 6. Mandatsperiode (2015 bis 2020) des Ausschusses der Regionen (AdR), in der Rheinland-Pfalz nur noch mit einem Mitglied und einem stellvertretenden Mitglied im Ausschuss vertreten ist.

Nach Art. 305 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des AdR vom Rat auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten durch einstimmigen Beschluss auf fünf Jahre ernannt. Das Abkommen der Ministerpräsidentenkonferenz über die Entsendung der Mitglieder und Stellvertreter in den AdR von 1993 sieht ferner vor, dass für die Dauer der Amtszeit des Ausschusses jedes Land ein Mitglied und einen Stellvertreter benennt. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass die fünf den Ländern verbleibenden zusätzlichen Sitze im AdR gemäß Rotationsprinzip unter den Ländern verteilt werden. In der 6. Mandatsperiode steht nunmehr Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ein zweiter Sitz zu, während Rheinland-Pfalz seinen zweiten Sitz verloren hat.

Ausgeschieden sind mit dem Ende der 5. Mandatsperiode als Mitglied Landtagsabgeordneter Dieter Klöckner und Staatsministerin Ulrike Höfken als stellvertretendes AdR-Mitglied.

Zu Beginn der 6. Mandatsperiode wurde die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Staatssekretärin Jacqueline Kraege, als Nachfolgerin von Staatsministerin a. D. Margit Conrad in den AdR entsandt. Stellvertretendes Mitglied blieb Landtagsmitglied Nils Wiechmann.

Mitte Juli 2015 schied Staatssekretärin Jacqueline Kraege als Mitglied des AdR aus. Zur Nachfolgerin hat der Landtag in seiner 100. Plenarsitzung am 22. Juli 2015 Staatssekretärin Heike Raab benannt.

Im Berichtszeitraum fanden turnusgemäß sechs Plenartagungen statt. \*)

## II. Strukturelle und personelle Veränderungen im AdR mit Beginn der 6. Mandatsperiode

Mit Beginn der 6. Mandatsperiode 2015 änderte sich die Verteilung der Mandate auf die 28 nationalen Delegationen – die drei kleinsten Delegationen Zypern, Luxemburg und Estland mussten jeweils ein Mandat aufgeben.

Erforderlich war diese strukturelle Veränderung, weil durch den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union (EU) am 1. Juli 2013 die im Vertrag von Lissabon seit dem 1. Dezember 2009 festgelegte Höchstgrenze von 350 Mitgliedern vorübergehend – mit Zustimmung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments – um drei Mandate überschritten worden war und diese Überschreitung bis zum Beginn der 6. Mandatsperiode rückgängig gemacht werden musste. Nach jahrelangem Ringen zwischen den nationalen Delegationen im AdR und vielen Gesprächen mit der Kommission und auf Ebene der ständigen Vertreterinnen und Vertreter im Rat konnten sich die Mitgliedstaaten im Dezember 2014 darauf einigen, dass die jeweils kleinsten Delegationen im Fall einer Erweiterung der EU ein Mandat aufgeben. In einer Zusatzklärung zum Beschluss des Rats stellten die drei bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich zudem fest, dass die Verteilung der AdR-Mandate auf die nationalen Delegationen überarbeitet werden müsse, um den demografischen Proporz in den Mitgliedstaaten im AdR besser abzubilden.

Zu den personellen Veränderungen am Beginn der 6. Mandatsperiode gehörte die Wahl von Markku Markkula (FI/EVP), Mitglied des Stadtrats von Espoo, zum neuen AdR-Präsidenten. Vizepräsident wurde Karl-Heinz Lambertz (BE/SPE), Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Im Juni 2017 werden der Präsident und der Vizepräsident turnusgemäß ihre Funktionen tauschen.

Zur neuen Vorsitzenden der SPE-Fraktion wurde im Februar 2015 Catuscia Marini (IT), Präsidentin der Region Umbrien, gewählt. Ihr Vorgänger, Karl-Heinz Lambertz, hatte diese Funktion zum Ende der 5. Mandatsperiode zur Verfügung gestellt. Erster stellvertretender SPE-Fraktionsvorsitzender wurde Markus Töns (SPD), Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Die EVP-Fraktion bestätigte ihren bisherigen Vorsitzenden, Dr. Michael Schneider (CDU), Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, im Amt.

Zum neuen Vorsitzenden der deutschen Delegation wurde Heinz Lehmann (EVP), Mitglied des sächsischen Landtags, benannt. Er ist seit 2010 Mitglied im AdR.

\*) 108. Plenum am 7. und 8. Oktober 2014; 109. Plenum am 3. und 4. Dezember 2014; 110. Plenum am 11. und 12. Februar 2015; 111. Plenum am 16. und 17. April 2015; 112. Plenum am 3. und 4. Juni 2015, 113. Plenum am 8. und 9. Juli 2015.

Bei den Fachkommissionen (Fachausschüssen) gab es mit Beginn der 6. Mandatsperiode sowohl strukturelle als auch personelle Veränderungen.

Die Zuständigkeiten der Fachkommissionen wurden den Generaldirektionen in der Kommission und den Ausschüssen im EP angepasst.

Wie üblich wechselten auch alle Vorsitze der Fachkommissionen. In der ersten Hälfte der 6. Mandatsperiode hat kein/e Deutsche/r einen Vorsitz inne. In der Mitte der 6. Mandatsperiode (etwa im Juni 2017) werden auch die Vorsitze der Fachkommissionen wechseln.

Es ergaben sich folgende neue Zuständigkeiten und Bezeichnungen:

<b>COTER</b> (Kohäsionspolitik)	Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Strukturfonds, Raumplanung, Städtepolitik, Wohnungswesen, Verkehr einschließlich TEN-V, Makroregionen, Territoriale Zusammenarbeit, Regionale Statistiken und Indikatoren, Jahreshaushalt der EU, Mehrjähriger Finanzrahmen, Lokale und regionale Finanzen
<b>ECON</b> (Wirtschaftspolitik)	Industriepolitik, KMU-Politik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Wirtschaftspolitische Steuerung, Europäisches Semester, Binnenmarkt, Welthandel und Zölle, Wettbewerb und staatliche Beihilfen
<b>SEDEC</b> (Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur)	Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Sozialschutz, Mobilität, Chancengleichheit, allgemeine und berufliche Bildung, Innovation, Forschung und Technik, Digitale Agenda, EU-Informationsgesellschaft einschließlich transeuropäische IKT-Netze, Audiovisuelle Industrie und Medientechnologien, Jugend und Sport, Mehrsprachigkeit und Förderung von Minderheitensprachen, Kultur und kulturelle Vielfalt
<b>CIVEX</b> (Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen)	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, EU-Charta der Grundrechte, Aktive Unionsbürgerschaft, Europäische Kommunikationspolitik, Dezentralisierung, Konstitutionelle Fragen, Multi-Level-Governance, Lokale und regionale Verwaltung, bessere Rechtsetzung (einschließlich Verringerung der Verwaltungslast), Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, Einwanderungs-, Asyl- und Visumpolitik, Politik der Außenbeziehungen, Erweiterung, Nachbarschaftspolitik, Östliche Partnerschaft, EU-Mittelmeerpoleitik, Dezentrale Entwicklungszusammenarbeit, Externe Verwaltungszusammenarbeit und Kapazitätsaufbau, Internationale Verträge und Verhandlungen, Internationaler Terrorismus und Grenzkontrollen
<b>NAT</b> (natürliche Ressourcen)	Ländliche Entwicklung, Gemeinsame Agrarpolitik, Fischerei, Lebensmittelproduktion, Meerespolitik, Öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz, Forstwirtschaft, Katastrophenschutz, Fremdenverkehr
<b>ENVE</b> (Umwelt, Klimawandel, Energie)	Klimawandel: Anpassung und Abschwächung, Erneuerbare Energie, Umweltpolitik, Transeuropäische Netze im Energiebereich, Neue Energiepolitik, Raumfahrtspolitik für territoriale Entwicklung (Galileo, GMES/Kopernikus und damit verbundene Fragen)

(Anmerkung: Staatssekretärin Raab wird Mitglied in den Fachausschüssen SEDEC und ENVE.)

### III. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum

#### 1. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Für sehr viel Gesprächsstoff und heftige Debatten mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission sorgten im Berichtszeitraum die Verhandlungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) über die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), zu der der AdR in seiner 110. Sitzung am 11. und 12. Februar 2015 eine Stellungnahme verabschiedete.

Bereits während der 108. AdR-Plenartagung im Oktober 2014 fand eine Aussprache zu TTIP mit dem damaligen EU-Kommissar für Handelspolitik, Karel de Gucht, sowie dem Botschafter der USA bei der EU, Anthony Luzzatto Gardner, statt.

Der liberale Belgier De Gucht erklärte, er halte 15 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der EU um zwei Prozent sowie die Aufnahme von Dienstleistungen in den internationalen Wettbewerb durch TTIP für möglich, ohne dass die Anforderungen an Produktsicherheit und Verbraucherschutz gesenkt werden müssten. Man verspreche sich von TTIP sogar bessere gemeinsame Regulierungen im Automobil- und Chemiesektor. Nach seiner Auffassung verhinderten zu viele unnötige Regulierungen den freien Handel.

Die Kommission strebe nicht an, die demokratische Kontrolle von TTIP auszuhebeln. Was den Investitionsschutz anlange, wolle man zunächst den Ausgang der (damals noch laufenden) Konsultation abwarten.

Auch US-Botschafter Gardner hob positive Aspekte des Freihandelsabkommens hervor. TTIP sei die „natürliche Ausweitung des europäischen Binnenmarkts“. Die USA versprächen sich davon eine Steigerung des Exports, der das Wachstum in beiden Wirtschaftszonen stärken könne. Bereits heute seien die USA der größte Investor in der EU. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA sei auch vor dem Hintergrund der von Russland und dem Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak ausgehenden Bedrohungen anzustreben.

Dagegen unterstrich der stellvertretende SPE-Fraktionsvorsitzende Markus Töns, Berichterstatter für TTIP, die allgemeine Skepsis in der europäischen, insbesondere in der deutschen Bevölkerung und kritisierte die intransparenten Verhandlungen. Er fragte, ob man TTIP nur für Konzerne entworfen habe und vertrat die Auffassung, dass es kein Abkommen um jeden Preis geben dürfe. Schiedsgerichte (ISDS-investor-state dispute settlement) seien nicht zwingend notwendig. Die EU sei eine Wertegemeinschaft und gerade in den Beziehungen zu den USA sollte sie Verfechterin einer sozialen Marktwirtschaft sein. Er forderte die Offenlegung der Verhandlungsergebnisse für die lokale und regionale Ebene.

Markku Markkula (FI/EVP) sprach sich weniger kritisch aus und begrüßte einen offenen Marktzugang. Die Vor- und die Nachteile von TTIP müssten weiter überprüft und die Öffentlichkeit umfassend informiert werden, um die Akzeptanz für das Abkommen zu steigern.

Der Vorsitzende der SPE-Fraktion, Karl-Heinz Lambertz (BE/SPE), betonte die Berührungspunkte der TTIP-Verhandlungen mit den Zuständigkeiten lokaler und regionaler Gebietskörperschaften. Das Abkommen werde höchstwahrscheinlich ein gemischtes Abkommen sein, das von den Parlamenten aller 28 Mitgliedstaaten sowie von den Kammern der regionalen Ebene ratifiziert werden müsse. Die Kommission könne also die lokale und regionale Dimension von TTIP nicht ignorieren. Während die USA eine Taskforce eingesetzt hätten, an der alle Bundesstaaten beteiligt seien, habe sich die Kommission vor allem auf die Anhörung von Non-Governmental Organizations (NGO) und zivilgesellschaftlichen Organisationen konzentriert. Außer Frage stehe für ihn, dass dem AdR der Status eines Interessenträgers auf EU-Seite gewährt werden sollte. Auf diese Weise könnte ein möglichst breiter Konsens gefunden und ein weiteres Scheitern wie beim ACTA-Übereinkommen vermieden werden. Lambertz erinnerte daran, dass der ehemalige Handelskommissar Pascal Lamy das TTIP-Abkommen inhaltlich mit dem EU-Binnenmarkt verglichen habe, der „bekanntlich auch nicht über Nacht entstanden sei“. Deshalb könne es sich lohnen, über einzelne Teile des Abkommens, z. B. die Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS), getrennt zu verhandeln. Zurzeit scheine TTIP zu „groß“, als dass das Abkommen scheitern könne.

Kommissar De Gucht erwiderte auf die Befürchtungen, dass TTIP keine Einflüsse auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) haben werde. Dem Vorwurf mangelnder Transparenz hielt er entgegen, dass das TTIP-Abkommen – anders als frühere Handelsabkommen – nach den Vorgaben des Lissabon-Vertrags der Ratifizierung durch das Europäische Parlament bedürfe. Das sei ein Zugewinn an Transparenz. Nicht die Kommission sondern der Rat habe sich immer gegen zu viel Transparenz bei den Verhandlungen ausgesprochen. Auch in den USA hätten die Parlamentarier nur in beschränktem Ausmaß Zugang zu den Texten und in den Städten und Gebietskörperschaften sei ebenfalls keine völlige Transparenz aller Entscheidungen und Entscheidungswege gegeben.

In Bezug auf die geplante Schiedsgerichtsbarkeit betonte De Gucht, dass auch die Verhandlungen vor Handelsgerichten nicht öffentlich seien und die Öffentlichkeit erst nachträglich von den Urteilen Kenntnis erlange. Dem Vorschlag, einzelne Teile des Abkommens getrennt zu verhandeln, hielt er entgegen, dass die Verhandlungen nur als „Gesamtdeal“ zum Abschluss gebracht werden könnten. Bei getrennten agrarpolitischen Verhandlungen könne er sich ein „nicht endendes Gemetzel“ ausmalen.

An der Plenartagung im Februar 2015, in der die Stellungnahme des AdR verabschiedet wurde, nahm die neue Handelskommissarin Cecilia Malmström teil.

Die zentralen Forderungen in der Stellungnahme des AdR sind: die Wahrung des in den EU-Verträgen verankerten Prinzips der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung, Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt, der Freiheit und des Pluralismus in den Medien, ein Einfuhrverbot für nicht EU-konforme Lebensmittel und die Beteiligung des AdR an der Beratergruppe zu den TTIP-Verhandlungen, der Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Interessenverbände angehören.

Zur Begründung der Forderungen wird ausgeführt, dass Regionen und Städte angemessene regulatorische Handlungsspielräume insbesondere bei der Festlegung von Schutzstandards und in der Daseinsvorsorge behalten müssten. Die Kommission müsse sicherstellen, dass für öffentliche Dienstleistungen, die spezifischen Regulierungsvorschriften unterliegen oder die sich durch spezifische Gemeinwohl-Verpflichtungen auszeichnen, wie die Versorgung mit Wasser und Energie, die Abfall- und Abwasserbeseitigung, das Rettungswesen, das öffentliche Gesundheits- und Sozialwesen, der öffentliche Verkehr und Wohnungsbau sowie Maßnahmen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, klare horizontale Ausnahmeregelungen von der Liberalisierung durch TTIP gelten. Der AdR drängt auch darauf, dass die Standards des europäischen Vergaberechts nicht infrage gestellt werden.

In der Stellungnahme wird ferner unterstrichen, dass den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen weiterhin Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt, der Freiheit und des Pluralismus der Medien – unabhängig von der benutzten Technologie oder der Vertriebsplattform – erlaubt sein müssen, um den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft zu dienen.

Der dringende Wunsch an die Kommission nach Beteiligung an der Beratergruppe zu den TTIP-Verhandlungen, wie er den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft bereits gewährt sei, wird damit begründet, dass TTIP als gemischtes Abkommen der Zustimmung der Regionalparlamente bedürfe und wesentliche regionale und lokale Dimensionen habe.

Schließlich begrüßt der AdR in seiner Stellungnahme, dass die Kommission ein öffentliches Konsultationsverfahren zu ISDS eingeleitet hat. Die Schiedsverfahren dürften weder die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten aushöhlen noch die ordentliche Gerichtsbarkeit umgehen.

(Anmerkungen zum weiteren Verfahren im Berichtszeitraum: Das EP hat seine Empfehlungen an die EU-Kommission für die Verhandlungen mit den USA am 8. Juli 2015 verabschiedet.

In der Woche ab 13. Juli 2015 fand die zehnte Verhandlungsrunde zu TTIP in Brüssel statt. Dabei ging es neben den neuen Angeboten für ein Dienstleistungskapitel vor allem um die Absenkung von Zöllen, eine Annäherung von Standards im Maschinen- und Anlagenbau, Energie- und Rohstofffragen, Öffentliches Beschaffungswesen und den Agrarsektor mit dem Schutz für geografische Kennzeichnungen. Nicht Gegenstand waren die Investor-Staat-Schiedsverfahren.

Der angestrebte Abschluss des Abkommens noch unter der Regierung Obama ist deutlich wahrscheinlicher geworden, nachdem der US-Senat Präsident Obama nach anfänglichen Schwierigkeiten Ende Juni 2015 doch noch die sog. Trade Promotion Authority, auch „Fast-Track“ genannt, erteilt hat. Aufgrund der „Fast-Track“-Ermächtigung kann der Kongress die Vertragswerke nur als Ganzes annehmen oder ablehnen, aber nicht mehr in einzelnen Punkten verändern. Nicht zuletzt dieser innenpolitische Hintergrund in den USA dürfte für neue Impulse in der zehnten Verhandlungsrunde gesorgt haben.)

## 2. Europapolitische Kommunikation in den Regionen und Städten

Der Ausgang der Wahlen zum EP im Mai 2014, nach der bei historisch niedriger Wahlbeteiligung antidemokratische, europafeindliche und rechtsextreme Parteien verhältnismäßig viele Abgeordnete in das EP entsenden konnten, veranlasste den AdR zur Verabschiedung einer Stellungnahme zur Verbesserung der europapolitischen Kommunikation in den Regionen und Städten. AdR-Mitglieder sind Multiplikatoren und verfügen über viele Möglichkeiten, europäische Politik als Dolmetscher und Botschafter allgemeinverständlich in ihre lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu transportieren.

In seiner Stellungnahme „Europa seinen Bürgern wieder näherbringen – mit einer intensiveren, besseren Kommunikation auf lokaler Ebene“ betont der AdR, dass das Misstrauen gegenüber den europäischen Institutionen und der Politik ganz allgemein, die Zunahme der euroskeptischen Stimmen und die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen weitere Warnungen seien, aus denen rasch alle nötigen Konsequenzen gezogen werden müssten. Der AdR fordert, die Menschen wieder für das Projekt Europa zu gewinnen und ihr europäisches Engagement zu fördern. Diese Herausforderung müsse auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen der EU sowie der Länder, Regionen und Städte gemeinsam angenommen werden. Es sei Aufgabe der europäischen Institutionen, gemeinsam einen neuen Ansatz für die Kommunikation über das Projekt Europa vorzuschlagen, um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur EU zu stärken. Der AdR begrüßt daher die Initiativen zur Verbesserung der Bedingungen für die bürgerschaftliche und demokratische Teilhabe auf EU-Ebene, wie die europäische Bürgerinitiative, und bedauert die Kürzung der Haushaltsmittel für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ im neuen mehrjährigen Finanzrahmen.

Weil die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wichtige Partner bei der Kommunikation zwischen „Europa“ und seinen Bürgerinnen und Bürgern seien, sollte ihnen mehr Verantwortung übertragen werden. Die Mitglieder des AdR seien in ihren Verantwortungsbereichen gemeinsam mit den anderen politischen Vertretern auf lokaler und regionaler Ebene wichtige Akteure für die europäische Integration. Zugleich fungierten sie gegenüber den europäischen Institutionen als Sprachrohr für die Meinung der lokalen Öffentlichkeit. Sache der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften selbst sei es, die Bürgerinnen und Bürger durch Öffentlichkeitskampagnen umfassend über die Maßnahmen der EU auf ihrem Gebiet zu informieren, wie dies z. B. die Bestimmungen zur Kommunikation über die Strukturfonds vorsahen. Die europäischen Institutionen müssten sich weiter um die Verbesserung der Effizienz ihrer Kommunikations- und Partizipationspolitik bemühen und dürften sich nicht auf institutionelle Kampagnen kurz vor Europawahlen beschränken. Als Vorbild für die tägliche Kommunikation der EU könne die vom Europäischen Parlament mit Unterstützung der Parteien während der Europawahlkampagne geleistete Arbeit dienen.

Der AdR erwartet, dass bis Mai 2019 bei den Standardumfragen von Eurobarometer eine Mehrheit der Befragten angibt, dass „ihre Stimme in Europa zählt“, dass sie „die wichtigsten Entscheidungsprozesse und die zentralen politischen Maßnahmen der EU verstehen“ und dass sie „über europäische Fragen gut informiert sind“.

Einmal im Quartal solle die Interinstitutionelle Gruppe Information (IGI) unter dem gemeinsamen Vorsitz des EP und der Kommission mit dem klaren Auftrag einberufen werden, strategische Prioritäten zu formulieren, umzusetzen und zu bewerten. Der AdR empfiehlt zudem, die Gruppe „Information“ des Rats zu mobilisieren, damit diese in allen Mitgliedstaaten Strukturen für eine Kommunikation über die EU schafft.

Zudem schlägt er vor, innerhalb von fünf Jahren EU-weit 500 „Bürgerdialoge“ durchzuführen, zu denen konsequent die Informationsbüros des EP, die Vertretungen der Kommission und die Gebietskörperschaften hinzugezogen werden.

Schließlich plädiert der AdR dafür, dass sich in jedem Jahr ein Mitglied der Kommission in eine der 277 Regionen Europas begibt, um vor Ort die Bürgerinnen und Bürger anzuhören und ihnen das Handeln der EU näher zu bringen.

(Anmerkung: Die Europaministerkonferenz der deutschen Länder (EMK) hat im November 2014 ebenfalls einen Beschluss zur europapolitischen Kommunikation gefasst. Er enthält die Feststellung, dass eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, die die Bürgerinnen und Bürger direkt anspricht, europapolitische Akteure persönlich vorstellt und regionale Bezüge der Europapolitik aufzeigt, maßgeblich zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung beitragen könne. Die europapolitische Kommunikationsarbeit „vor Ort“ sei eminent wichtig als Bindeglied zwischen den europäischen Institutionen und der Bevölkerung in den Ländern. Um insbesondere Jung- und Erstwählerinnen und -wähler sowie Wahlberechtigte mit niedrigerem Bildungsniveau zu erreichen, bedürfe es auch in Zukunft aufwändiger und auf diese Zielgruppen zugeschnittene Aktionen. Wie der AdR bitten auch die Mitglieder der EMK die Kommission und das EP, die Mittel für die dezentrale Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in den EU-Jahreshaushalten aufzustocken.)

### 3. Interregionale Gruppe SaarLorLux

Die Interregionale Gruppe (IG) SaarLorLux im AdR besteht seit dem Jahr 2007. Ihr gehören AdR-Mitglieder und Stellvertreter an, die kommunale und regionale Gebietskörperschaften aus der Großregion vertreten.

Von Januar 2013 bis November 2014 war Staatsministerin a. D. Margit Conrad Vorsitzende der Gruppe, parallel zur Gipfelpräsidenschaft der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Unter ihrem Vorsitz fanden zwei Treffen der Gruppe statt, auf denen wichtige Entwicklungen in der Großregion erörtert wurden. Mittlerweile ist zur Regel geworden, dass die Beschlüsse des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR) auch auf Ebene der IG SaarLorLux im AdR zirkuliert werden.

### 4. Europäische Migrationspolitik

Vor dem Hintergrund der stetig ansteigenden Flüchtlingsströme hat der AdR im Juli 2015 eine Resolution zur Migration verabschiedet. Darin stellt er fest, dass die Migrationsproblematik alle Mitgliedstaaten der EU angehe, da alle eingebunden werden müssten, um die Verantwortung zu teilen. Der Ansatz der EU für Migration müsse langfristig tragfähig sein und allen Aspekten der Migration Rechnung tragen, wozu humanitäre Verpflichtungen, das Recht auf Asyl, Wirtschaftsmigration, Schleuserkriminalität und Menschenhandel, Entwicklung und Stabilität in Drittstaaten sowie Europas demografische Herausforderungen zählt. Migration sei ein wesentliches Element von Entwicklung, die den Austausch von Ideen fördere sowie Innovation und Vielfalt anrege. Im Idealfall profitierten nicht nur die Migrantinnen und Migranten, sondern auch die Aufnahmeländer.

Allerdings stünden den für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständigen Gebietskörperschaften häufig keine ausreichenden Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Der AdR fordert, die Asylverfahren grundsätzlich zu verkürzen und negative Entscheidungen schneller und effizienter umzusetzen, weil nicht nur der Dialog zwischen den politischen Ebenen, sondern auch das Vertrauen der Bürger in das europäische bzw. nationale Asylsystem gestärkt werden müsse. Er begrüßt die Bereitschaft der Kommission, Vorschläge für eine Änderung der Dublin-Verordnung zu unterbreiten, die sich eindeutig als nicht praktikabel erwiesen habe.

Um den Verlust von Menschenleben auf der Flucht möglichst zu verhindern, spricht er sich nachdrücklich für eine Verbesserung der nachrichtendienstlichen Gewinnung von Erkenntnissen aus, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen der EU und einzelstaatlichen Geheimdiensten, auch im Bereich Seeverkehr.

Dem Thema Sicherheit müsse durch intensive Kontrolle der Migrantinnen und Migranten mehr Rechnung getragen werden. Anreize zur irregulären Migration sowie die kriminelle Infiltrierung müssten bekämpft und diejenigen geschützt und von der illegalen Einwanderung unterschieden werden, die als Flüchtlinge einer echten humanitären Notlage zu entkommen suchen.

Schließlich fordert der AdR die Kommission auf, zeitnah Vorschläge für eine Überarbeitung des Mandats von FRONTEX vorzulegen, um eine solide Rechtsgrundlage für dessen Such- und Rettungsoperationen zu schaffen.

(Anmerkung: Der AdR wird im Herbst 2015 eine Stellungnahme zur europäischen Migrationspolitik verabschieden und während seines 115. Plenums am 3. und 4. Dezember 2015 eine weitere Debatte zur europäischen Migrationspolitik führen.)

#### 4. Resonanz der AdR-Stellungnahmen

Im sog. Wirkungsbericht des AdR wird jährlich die Resonanz seiner Stellungnahmen festgestellt. Resonanz ist gegeben, wenn Vorschläge des AdR in endgültige Rechtsvorschriften aufgenommen oder politische Empfehlungen des AdR in vorgeschlagenen Rechtsvorschriften oder Legislativverfahren berücksichtigt wurden oder wenn Positionen des AdR einen wichtigen Beitrag zu laufenden politischen Debatten geleistet haben, insbesondere wenn Verweise auf Positionen des AdR in andere EU-Dokumente, wie beispielsweise Entschlüsse des Europäischen Parlaments, eingeflossen sind.

Der Wirkungsbericht ist ein wichtiger Meilenstein im politischen Jahr der EU und bietet den Mitgliedern des AdR die Gelegenheit, eine Bilanz ihrer Arbeit und Erfolge zu ziehen.

Obwohl das Jahr 2014 wegen der Wahl zum EP im Mai, der Einsetzung der neuen Kommission im Oktober und des Auslaufens der 5. Mandatsperiode des AdR am Jahresende ein außergewöhnliches Jahr mit vergleichsweise geringer Legislativarbeit war, hat der AdR auf vielfältige Weise gewirkt. Insbesondere hat er sich aktiv an den Anhörungen der Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Europäische Kommission beteiligt und politische Botschaften an die Abgeordneten des EP und die Kandidaten gegeben.

Der AdR leistete auch 2014 einen Beitrag zur Debatte über den EU-Haushalt und verabschiedete eine Stellungnahme zu dessen Ausführung. Wie in der Stellungnahme gefordert, richtete die Europäische Kommission eine „Arbeitsgruppe Ausschöpfung“ ein, die Mitgliedstaaten mit nicht in Anspruch genommenen Mittelbindungen aus der Förderungsperiode 2007 bis 2013 beim Austausch bewährter Verfahren unterstützt.

Mit Blick auf die Kohäsionspolitik kann der vom AdR mit Nachdruck befürwortete Verhaltenskodex, der in Form eines delegierten Rechtsaktes geschaffen wurde und erstmals einen klaren Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen allen an der Planung und Verwaltung des europäischen Struktur- und Investitionsfonds beteiligten Partnern bietet, als bedeutender Schritt nach vorn aufgefasst werden.

Mit seiner überarbeiteten Stellungnahme zu den „Leitlinien der EU für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“ konnte der AdR Einfluss auf die endgültigen Leitlinien nehmen, u. a. auf das für Städte und Regionen äußerst wichtige Anliegen einer Anhebung der Schwellenwerte für das Erfordernis der Genehmigung von staatlichen Beihilfen durch die Europäische Kommission.

Aus der Stellungnahme des AdR zu den „Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze“ flossen bezüglich der Infrastruktur folgende Elemente in die endgültigen Rechtsvorschriften ein: Zusammenarbeit zwischen Expertengruppen und Rechtsträgern wie lokalen und regionalen Behörden sowie die Beteiligung lokaler und regionaler Behörden am Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung dieser Verordnung.

In den endgültigen Text der „Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“ wurde eine Reihe wichtiger politischer Empfehlungen aufgenommen, die der AdR in seiner Stellungnahme „Saubere Energie für den Verkehr“ formuliert hatte. Darin geht es beispielsweise um die Verlängerung von Fristen, die Festlegung nationaler Strategierahmen in enger Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Behörden, die Berücksichtigung von Interessen der Gebietskörperschaften in nationalen Strategierahmen sowie um die Einbeziehung der Erfordernisse ländlicher, dünn besiedelter Gebiete in die Planung nationaler Strategien.

Im Bereich der EU-Abfallpolitik ist es dem AdR durch vier Stellungnahmen gelungen, Einfluss auf das Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft zu nehmen. Im Legislativvorschlag spiegeln sich folgende Empfehlungen des AdR wider: Beendigung der Finanzierung von Deponien und Müllverbrennung durch die EU, Verstärkung und Erweiterung der Herstellerverantwortung, Vorgaben von höheren Zielen für Kunststoffverpackungsabfall sowie die Einführung des ehrgeizigen Ziels, bestimmte Abfallbestandteile im Meer bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren.



## Anlage

**Verabschiedete Stellungnahmen und Resolutionen im Überblick**  
(chronologische Auflistung)

Titel	Berichterstatterin/Bericht- ersteller	Dossier- nummer	Ergebnis
Langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft	Witold Krochmal (PL/EA)	ECOS-V-059	einstimmig
Fördermaßnahmen zur Schaffung von Ökosystemen für junge Hochtechnologieunternehmen	Markku Markkula (FI/EVP)	ENVE-V-040	einstimmig
Maßnahmenpaket für saubere Luft in Europa	Cor Lamers (NL/EVP)	ENVE-V-046	einstimmig
Europäische Strategie für Küsten- und Meerestourismus	Vasco Ilídio Alves Cordeiro (PT/SPE)	NAT-V-041	mehrheitlich
Die Beihilferegelung für die Abgabe von Obst, Bananen und Milch	Povilas Žagbis (LT/EA)	NAT-V-038	einstimmig
Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 bis 2030	Annabelle Jaeger (FR/SPE)	ENVE-V-047	mehrheitlich
Mobilität in geografisch und demografisch benachteiligten Regionen	Gordon Keymer (UK/ECR)	COTER-V-049	einstimmig
Europäische Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit	Dainis Turlais (LV/ALDE)	ECOS-V-060	einstimmig
Förderung der Qualität öffentlicher Investitionen im Handlungsbereich der EU	Catuscia Marini (IT/SPE)	BUDG-V-009	mehrheitlich
Sechster Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt	Nicola Zingaretti (IT/SPE)	COTER-V-052	einstimmig
Das Paket zur Industriepolitik	Markku Markkula (FI/EVP)	ECOS-V-056	einstimmig
Innovation in der blauen Wirtschaft: Nutzung des Potenzials der Meere und Ozeane für Wachstum und Beschäftigung	Adam Banaszak (PL/EKR)	NAT-V-044	mehrheitlich
Wirksame, zugängliche und belastbare Gesundheitssysteme	Karsten Uno Petersen (DK/SPE)	NAT-V-043	einstimmig
Eine makroregionale Strategie der EU für den Alpenraum	Herwig van Staa (AT/EVP)	COTER-V-050	einstimmig
Informations-, Planungs- und Fahrscheinausstellungsdienste für multimodales Reisen	Petr Oswald (CZ/SPE)	COTER-V-051	einstimmig
Europa seinen Bürgerinnen und Bürger wieder näher bringen – mit einer intensiveren, besseren Kommunikation auf lokaler Ebene	Christophe Rouillon (FR/SPE)	CIVEX-V-049	einstimmig
Die Nachbarschaft am Scheideweg: Umsetzung der europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2013	Olgierd Geblewicz (PL/EVP)	CIVEX-V-048	einstimmig
Qualitätsrahmen der EU für die Antizipation von Veränderungen und Umstrukturierungen	Pavel Branda (CZ/EKR)	ECOS-V-057	einstimmig
Bemühungen um eine echte Solidarität im Sinne einer wirklich europäischen Migrationspolitik	François Decoster (FR/ALDE)	CIVEX-V-054	einstimmig
Ein besser vernetztes Europa und das große Potenzial der IKT-Branche als Wachstumsmotor	Anne Karjalainen (FI/SPE)	EDUC-V-044	einstimmig
Internet-Politik und Internet Governance der IKT-Branche als Wachstumsmotor	Odeta Žerlauskienė (LT/ALDE)	EDUC-V-041	einstimmig

Der europäische Film im digitalen Zeitalter	Jean-François Istasse (BE/SPE)	EDUC-V-042	einstimmig
Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen, die durch nicht-formales und informelles Lernen erworben wurden	Marek Olszewski (PL/EA)	EDUC-V-043	einstimmig
Maßnahmenpaket zur ökologischen Erzeugung	Willemien Hester Maij (NL/EVP)	NAT-V-039	einstimmig
Mobile Health Dienste	Martin Andreasson (SE/EVP)	NAT-V-040	einstimmig
Entschießung des AdR zu der Mitteilung der Kommission zu einem Investitionsplan für Europa			einstimmig
Entschießung zum Arbeitsprogramm der Kommission		RESOL-VI-001	mehrheitlich
Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)	Markus Töns (DE/SPE)	ECOS-V-063	mehrheitlich
Ausdehnung des Schutzes der geografischen Angaben der EU auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse	Mauro D’Attis (IT/EVP)	ECOS-V-064	einstimmig
Ein strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014 bis 2020	Mauro D’Attis (IT/EVP)	ECOS-V-061	mehrheitlich
Grüner Aktionsplan für KMU und Initiative für grüne Beschäftigung	Satu Tietari (FI/ALDE)	ECOS-V-062	einstimmig
Kreislaufwirtschaft – Überprüfung der EU-Abfallvorschriften	Mariana Gâju (RO/SPE)	ENVE-V-048	mehrheitlich
Leitlinien für die Anwendung von Maßnahmen zur Schaffung einer Verbindung zwischen den europäischen Struktur- und Investitionsfonds und einer ordnungsgemäßen wirtschaftspolitischen Steuerung	Bernard Soulage (FR/SPE)	COTER-V-053	einstimmig
Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte auf mehreren Ebenen in der EU	Luc Van den Brande (BE/EVP)	CIVEX-V-050	mehrheitlich
Interoperabilität als Mittel zur Modernisierung des öffentlichen Sektors	Odeta Žerlauskienė (LT/ALDE)	EDUC-V-045	einstimmig
Investitionsoffensive und Europäischer Fonds für strategische Investitionen	Claude Gewerc (FR/SPE)	COTER-VI-003	mehrheitlich
Verbesserte Umsetzung der territorialen Agenda der EU 2020	Marek Woźniak (PL/EVP)	COTER-VI-002	einstimmig
Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2014 bis 2015	Franz Schausberger (AT/EVP)	CIVEX-VI-002	einstimmig
Umsetzung des Weißbuchs Verkehr von 2011	Spyros Spyridon (EL/EVP)	COTER-VI/004	mehrheitlich
Die Zukunft des Milchsektors	René Souchon (FR/SPE)	NAT-VI-001	einstimmig
Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas	Cristina Mazas Pérez Oleaga (ES/EVP)	EDUC-V-046	mehrheitlich
Effizienter Ressourceneinsatz im Gebäudesektor	Csaba Borboly (RO/EVP)	ENVE-V-049	mehrheitlich
Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten	Mauro D’Attis (IT/EVP)	SEDEC-VI-001	mehrheitlich
Die Meeresumwelt besser schützen	Hermann Kuhn (DE/SPE)	ENVE-VI-001	mehrheitlich
Ein menschenwürdiges Leben für alle: Vom Zukunftsbild zu kollektiven Maßnahmen	J.F.M. Janssen (NL/EVP)	CIVEX-VI-001	einstimmig
Förderung des fairen Handels in Europa auf der lokalen und regionalen Ebene	Barbara Duden (DE/SPE)	CIVEX-VI-003	einstimmig
Resolution zu den Prioritäten des AdR in der 6. Mandatsperiode		RESOL-VI-002	einstimmig

Optimale Nutzung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Flexibilität	Olga Zrihen (BE/SPE)	ECON-VI-002	mehrheitlich
Schaffung einer Kapitalmarktunion	Tadeusz Truskolaski (EA/PL)	ECON-VI-001	mehrheitlich
Neue europäische Nachbarschaftspolitik	Nikolaos Chiotakis (EL/EVP)	CIVEX-VI-004	mehrheitlich
EntschlieÙung für einen tragfähigen Ansatz der EU für Migration		RESOL-VI-004	mehrheitlich
EntschlieÙung zu nachhaltigen Lebensmitteln		RESOL-VI-004	einstimmig
EntschlieÙung Verbesserung der Funktionsweise der EU: Vertrag von Lissabon und darüber hinaus		RESOL-VI-005	mehrheitlich
EntschlieÙung zum Beitrag des AdR zum Arbeitsprogramm der Kommission im Jahr 2016		RESOL-VI-006	mehrheitlich

